



Kinder impfen?

Die Stimmen häufen sich, nun auch rasch die junge Generation mit einem Impfstoff gegen Covid-19 zu schützen. Diese dürften nicht länger benachteiligt werden. Die Politik scheint fest dazu entschlossen, die üblichen Prüfverfahren sind offenbar nur noch eine Formalie. Viele Fachleute widersprechen dem Vorhaben allerdings energisch – mit guten Argumenten. Denn bei dieser Entscheidung wird eine rote Linie überschritten.

PAUL SCHREYER, 11. Mai 2021, 7 Kommentare

Das Thema ist aufgeheizt und viele Verantwortliche irritieren durch zunehmend radikale Forderungen. In der vergangenen Woche fasste etwa der Deutsche Ärztetag mit 94 Prozent Zustimmung folgenden Beschluss:

„Das Recht auf Bildung mit Kita- und Schulbesuch kann im Winter 2021/2022 nur mit einer rechtzeitigen COVID-19-Impfung gesichert werden. Ohne rechtzeitige Impfung, insbesondere auch für jüngere Kinder, führt ein erneuter Lockdown für diese Altersgruppe zu weiteren gravierenden negativen Folgen für die kindliche psychische Entwicklung. Die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe erlangen Familien mit Kindern nur mit geimpften Kindern zurück.“

Das Deutsche Ärzteblatt berichtete über diese Empfehlung, die durch ihren Tonfall alarmierte, der eine Zwangsläufigkeit unterstellt: Ohne Impfung keine Schule. (1) Wenige Tage später sekundierte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, man solle die „ungeimpfte“ Jugend nun endlich „befreien“. Eine ähnliche Argumentation ist aktuell in vielen Medien zu finden. Alles scheint sich an einer zentralen politischen Vorgabe

zu orientieren, die seitens der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Ende letzter Woche so dargestellt wurde:

„Die Impfung macht gute Fortschritte. Jetzt bereiten wir die nächste Stufe unserer Reaktion vor: Auffrischungsimpfungen geben, Umgang mit möglichen Escape-Varianten, Ermöglichung der Impfung von Kindern und Jugendlichen.“

Drosten und die Multisystementzündung

Die europäische Arzneimittelzulassungsbehörde EMA hat bereits vor wenigen Tagen begonnen zu prüfen, ob der bislang für Jugendliche ab 16 Jahren zugelassene Biontech-Impfstoff fortan nicht auch Kindern ab 12 verabreicht werden kann. In Kanada ist das seit vergangener Woche bereits erlaubt. Abermals prüft die EMA in einer „beschleunigten Bewertung“, die schon bis Juni abgeschlossen sein soll. Offenbar ist aber alles längst entschieden und die Prüfung nur noch eine Formalie. Darauf deutet zumindest eine Formulierung Christian Drostens hin, der am Sonntag im ZDF erklärte:

„Erst einmal finde ich es sehr gut, dass es so kommt, dass wir also jetzt die über zwölfjährigen Kinder tatsächlich impfen können, dass es so gut läuft mit den Impfstoffen. Bei den jüngeren Kindern müssen jetzt Studien gemacht werden, die laufen auch schon. (...) Es gibt neben der akuten Symptomatik noch diese Multisysteminflammationserkrankung, also eine immunologisch mitgetriebene Erkrankung, die sieben, acht, neun Wochen nach der Sars-Cov-2-Infektion bei Kindern, vom Grundschulalter bis zur Pubertät, auftritt. Und es gibt einige Daten, die lassen vermuten, dass die Häufigkeit dieser schweren Erkrankung im Bereich von 1 zu 1.000 liegen könnte. Und das ist natürlich viel zu viel. Wenn das so sein sollte, wenn sich das erhärtet, dann muss man in meiner Vorstellung auch die jüngeren Kinder impfen oder muss tatsächlich nochmal sehr starke Kontrollmaßnahmen im Schulbetrieb haben, bei den jüngeren Schülern im Winter.“

Der gleiche Drosten hatte kürzlich im NDR-Podcast auf die Frage nach dem gerade erwähnten multisystemischen Entzündungssyndrom bei Kindern noch zu bedenken gegeben:

„Also da gibt es jetzt gerade einen relativ aktuellen Kommentar in 'Lancet Infectious Diseases', in einem der 'Lancet'-Journals. Das Ganze argumentiert (...) in die Richtung, dass man Kinder nicht impfen soll. Ein Argument, das da gemacht wird, ist, dass diese Multisystementzündungserkrankung nach der Infektion ja immunologisch vermittelt ist. Das ist also nicht das Virus selber, sondern die Immunreaktion auf das Virus. Und so eine gleichgeartete Immunreaktion könnte ja auch durch die Impfung ausgelöst werden, wenn man jetzt anfängt, Kinder in breitem Maße zu impfen. Das lässt sich so auch nicht von der Hand weisen.“

In dem erwähnten Lancet-Artikel vom 19. April heißt es dazu:

„Die relativ geringe Inzidenz von COVID-19 in der allgemeinen Kinderpopulation, die ungewöhnliche Manifestation mit multisystemischem Entzündungssyndrom bei älteren Kindern und Jugendlichen und das Fehlen epidemiologischer Daten, die auf Kinder bei der Übertragung von SARS-CoV-2 hindeuten, stellen wichtige immunologische, ethische und wirtschaftliche Probleme dar, die vor dem Einsatz eines COVID-19-Impfstoffs bei Kindern sorgfältig geprüft werden müssen. (...)

Die derzeit für den Notfalleinsatz zugelassenen, genehmigten oder in der Entwicklung befindlichen Impfstoffe weisen kein Sicherheits- oder Immunogenitätsprofil bei Kindern auf. In Ermangelung eines

besseren Verständnisses der Entwicklung dieser Erkrankung könnte die Verwendung des gleichen Ansatzes zur Verabreichung von Impfstoffen wie bei Erwachsenen die Häufigkeit dieser hyperinflammatorischen Erkrankung verschlimmern. (...)

Aus ethischer Sicht besteht eine Abwägung zwischen Risiko und Nutzen, wenn Kindern ein COVID-19-Impfstoff angeboten wird, der nur einen minimalen oder gar keinen direkten Nutzen für den Empfänger, keinen Nutzen für die Öffentlichkeit und noch unbekannte mittel- und langfristige Risiken für den Empfänger bietet.“

Mit anderen Worten: Die Impfung könnte auch großen Schaden bei Kindern anrichten.

Ist eine Impfung angemessen?

Zur Frage der Gefahr durch Covid-19 für Kinder erklärten die Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie (DGPI) und die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene (DGKH) in einer gemeinsamen Stellungnahme jüngst:

„Die weiterhin bestehende extreme Seltenheit eines schweren oder gar tödlichen Verlaufes von SARS-CoV-2 bei Kindern und Jugendlichen ist nicht geeignet, als Argument für Schul- und Kita-Schließungen benutzt zu werden. Nur die verbleibende Behauptung, dass zwischen den Infektionen bei Kindern und Jugendlichen und der Überlastung der Intensivstationen und den schweren und tödlichen Verläufen der älteren Erwachsenen ein Zusammenhang bestehe, könnte Kita- und Schulschließungen rechtfertigen. Daten, die diese These bestätigen, fehlen allerdings.“

Wenn aber schon Schulschließungen aus medizinischer Sicht nicht gerechtfertigt sind, wie dann erst experimentelle Impfungen, die Leben und Gesundheit von Kindern unmittelbar bedrohen können?

Auch ein Mitglied der Ständigen Impfkommission (STIKO) mahnt aktuell zur Vorsicht:

„Um etwas seltenere Komplikationen und Auswirkungen auf das Immunsystem über längere Zeit zu erfahren, braucht man längere Studien. Und diese liegen nicht vor. (...) Es geht vorrangig um den individuellen Schutz der Kinder und Jugendlichen. Und da ist der Nutzen deutlich geringer als bei Erwachsenen, weil Kinder deutlich seltener schwer erkranken. Sie erkranken zurzeit relativ häufig, tragen das Virus auch weiter, aber die Verläufe sind alle sehr harmlos. Und insofern ist dieses Risiko-Nutzen-Verhältnis ein deutlich anderes als bei Erwachsenen. (...) Ich erlebe jetzt in dieser Pandemie, dass Politiker den zweiten Schritt vor dem ersten planen. (...) Insofern würde ich mir wünschen, dass die Politik und auch die Medienlandschaft ein bisschen zurückhaltender damit umgehen, weil wir das noch nicht gut genug wissen.“

Doch von Zurückhaltung ist kaum eine Spur. Politik und Medien übertreffen sich in ihren Forderungen, die Jungen rasch zu impfen. Zur Begründung heißt es, Kinder seien durch Virusmutationen inzwischen viel stärker betroffen. Doch das stimmt so offenbar nicht. Der BR musste einen eigenen Artikel dazu nachträglich korrigieren und richtigstellen:

„Der Artikel wurde (...) aktualisiert. Demnach stiegen die Infektionsraten bei Kindern nur im November und Dezember 2020 und entsprechen ansonsten in diesem Jahr den Zahlen des vergangenen Jahres im gleichen Zeitraum. Kinder zeigen in der Regel weiterhin milde Verläufe bei Corona-Infektionen.“

Widerstand in Israel

In Israel, wo derzeit fast 60 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft sind (in Deutschland, zum Vergleich, sind es knapp 10 Prozent) und wo laut Regierungschef Netanjahu in sechs Monaten bereits mit weiteren Auffrischungsimpfungen begonnen werden soll, regt sich derweil Widerstand. Zwar möchte die Regierung auch dort die Kinder impfen, doch damit sind längst nicht alle einverstanden. Gut 40 Prozent der Eltern sind dafür, etwa 30 Prozent aber dagegen – der Rest noch unentschlossen. Einer anderen Umfrage zufolge sind nur weniger als die Hälfte der bereits Geimpften in Israel auch bereit, die eigenen Kinder impfen zu lassen. Man ist vorsichtig.

Auch Fachleute stellen sich quer. 93 Ärzte, darunter angesehene Experten und Notfallmediziner, die schon viele Covid-19-Fälle behandelt haben, apellieren in einem offenen Brief, Kinder nicht zu impfen, da schwere Krankheitsverläufe selten seien, die Sterblichkeitsrate gegen Null gehe, der Impfstoff aber langfristige Nebenwirkungen entfalten könne. In dem Brief heißt es:

„Wir sind der Meinung, dass nicht einmal eine Handvoll Kinder durch eine Massenimpfung gegen eine für sie ungefährliche Krankheit gefährdet werden sollte. Außerdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Impfstoff langfristige, noch nicht entdeckte unerwünschte Wirkungen hat, unter anderem auf das Wachstum, das Fortpflanzungssystem oder die Fruchtbarkeit.“

Einer der Unterzeichner, Yoav Yehezkeili, Spezialist für Innere Medizin und Dozent an der Universität Tel Aviv, vermutet hinter dem politischen Druck den hinlänglich bekannten Deal der israelischen Regierung mit Biontech/Pfizer, den beiden Unternehmen, die das Land als Versuchslabor benutzen – wie es der Chef von Pfizer selbst im Februar offen einräumte.

Nur einen Tag nachdem die 93 Ärzte mit ihrer Warnung an die Öffentlichkeit gingen, konterte der Verband der israelischen Kinderärzte und kündigte an, eine pauschale Impfempfehlung für Kinder verfassen zu wollen – eine Reaktion auf den offenen Brief. Das Thema ist hochpolitisch und Israel ein weltweiter Vorreiter, der von allen anderen Ländern aufmerksam beobachtet wird. Für Pfizer, Biontech und Co. geht es dabei um Milliarden.

Eine rote Linie

Klar sollte aber auch sein: Den Zugang von Kindern zu einer Schulausbildung und überhaupt zu ihrer „gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe“ mit einer Impfung verknüpfen zu wollen, so wie es der eingangs zitierte Beschluss des Deutschen Ärztetages formuliert, erscheint angesichts all dessen als gefährlicher Irrweg.

Es ist höchste Zeit zu differenzieren, sich über die Risiken klar zu werden und nicht auf Zwang, sondern auf gute Argumente zu setzen. Wer sich anschickt, mit der Gesundheit der Kinder die gesamte Zukunft der Gesellschaft aufs Spiel zu setzen und wer sich dabei rationalen Argumenten unzugänglich zeigt, dem sollte dringend Einhalt geboten werden – in Israel, in Deutschland und überall sonst. Denn wenn die überhastete Entscheidung, Kinder zu impfen, sich nach einigen Monaten oder Jahren als Fehler erweisen sollte, dann gibt es kein zurück mehr.

Anmerkung

(1) **Ergänzung 12.5.:** Aus der Forderung, das Recht auf Kita- und Schulbesuch mit einer Impfung zu verknüpfen, ergeben sich aufgrund der Schulpflicht dramatische Folgen für das Sorgerecht, worauf der Autor Sven Böttcher hinweist.

Weitere Artikel zum Thema:

- **Wurde vom Paul-Ehrlich-Institut eine gefährliche Nebenwirkung der Impfung ausgeblendet?** (Wolfgang Wodarg, 21.2.2021)
- **Die "dritte Welle": Virusmutation oder verschwiegenes Impfrisiko?** (Oliver Märtens, 3.2.2021)
- **Zweifel an Wirksamkeit des Impfstoffs: Ministerium weicht aus, Medien schweigen** (Paul Schreyer, 22.1.2021)
- **Die Impfkation: Nutzen für wenige, Schaden für viele** (Wolfgang Wodarg, 6.11.2020)
- **Krieg gegen einen Joker** (Wolfgang Wodarg, 10.5. 2020)